



Ungarn vor den Wahlen: Politischer Machtwechsel erwartet

Fidesz wird MSZP ablösen! Nur noch drei Parteien im Parlament?

Der ungarische Staatspräsident, Professor Dr. László Sólyom, hat die Wahlen zum ungarischen Parlament auf den 11. April 2010 festgelegt. An diesem Tag finden zum sechsten Mal nach 1990 und nach erneutem Ablauf der vierjährigen Legislaturperiode wieder Wahlen zum ungarischen Parlament statt. Ein zweiter Wahlgang (Stichwahl in den Direktwahlkreisen) ist dann am 25. April 2010.

Die mit den Wahlen von 2002 überraschend wieder an die Macht gelangte Regierungskoalition von MSZP¹ und SZDSZ² löste damals die amtierende Regierung unter Viktor Orbán ab. Trotz des gemeinsamen Listenverbundes von Fidesz³ und MDF⁴ konnten beide Parteien ihren Wahlerfolg von 1998 nicht wiederholen. Damals begann das politische Zerwürfnis zwischen diesen beiden Parteien, das ein erneutes Wahlbündnis 2006 verhinderte und es auch damit MSZP und SZDSZ ermöglichte, nach den letzten Parlamentswahlen das Regierungsbündnis fortzusetzen. Der damalige MSZP Spitzenkandidat Ferenc Gyurcsány äußerte wenige Wochen nach dieser Wahl in der sog. Lügenrede, dass er die Wähler über die wahre finanzielle und wirtschaftliche Situation Ungarn getäuscht habe und nur eine radikale Reformpolitik seitens der ungarischen Regierung die gegebene Situation verbessern könne. Seit Bekanntwerden dieser Rede im Sommer 2006 versuchte Viktor Orbán mit allen Mitteln (vergeblich) vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen. Die totale Opposition von Fidesz und die Ablehnung jeglichen Dialogs mit der Regierung über die anstehenden Reformschritte im Gesundheitswesen, im Finanzwesen und in der Staatsverwaltung wurden von MDF nicht mitgetragen, was aber die Erosion dieser Partei nicht stoppen konnte. Im Laufe des Jahres 2008 zerbrach dann die Koalitionsregierung durch den Austritt von SZDSZ und Ministerpräsident Gyurcsány versuchte die Fortsetzung seiner Politik mit einer MSZP Minderheitsregierung, die im Parlament weiterhin mit der Unterstützung der SZDSZ Fraktion rechnen konnte. Da im Frühjahr 2009 sowohl MSZP als auch SZDSZ im Umfragetief verharrten, legte Ferenc Gyurcsány zuerst den Parteivorsitz und dann auch das Amt des Ministerpräsidenten nieder, um eine drohende Wahlniederlage bei den Europawahlen im Juni 2009 (vergeblich) zu verhindern. Nach langer Suche erklärte sich der amtierende Wirtschaftsminister,

¹ MSZP: Ungarische Sozialistische Partei

² SZDSZ: Bund Freier Demokraten

³ Fidesz: Ungarischer Bürgerbund

⁴ MDF: Ungarisches Demokratisches Forum

Gordon Bajnai, bereit, das Krisenmanagement zu übernehmen, nachdem er sich die schriftliche Zustimmung aller MSZP-Parlamentarier für die zu treffenden Maßnahmen eingeholt hatte. Ministerpräsident Bajnai lehnte es aber von Anfang an ab, bei den kommenden Parlamentswahlen zu kandidieren.

Weiterhin rechnete er aber mit der Zustimmung der SZDSZ Abgeordneten im ungarischen Parlament bis hin zur Verabschiedung des Staatshaushaltes im November 2009. SZDSZ hat sich daran aufgegeben.

20 Jahre nach der Wende kann die damalige große linksliberale Oppositionspartei **SZDSZ** jetzt wegen des dramatischen Zerfalls in den letzten zwei Jahren nicht mehr eigenständig kandidieren. Seit dem Führungswechsel der Partei in Folge des Austritts aus der Regierungskoalition stand die Politik der Parteiführung mehr oder weniger im Widerspruch zum Verhalten der Parlamentarier des SZDSZ. Dies ging soweit, dass der amtierende Parteivorsitzende Retkes im letzten Jahr die Parlamentsfraktion für aufgelöst erklärte, obwohl er selbst dem Parlament nicht angehört und die Parlamentsfraktion unter Leitung von Ex-Minister Kóka dies bis heute negiert. Diese Zerwürfnisse haben jetzt zur Folge, dass es der Partei nicht gelungen ist, die notwendigen Kandidaten in Wahlkreisen und Komitaten zu finden und damit kann SZDSZ als eigenständige Kraft bei den kommenden Wahlen nicht mehr antreten. Bereits bei den Europawahlen 2009 scheiterte SZDSZ an der 5% Klausel. Retkes steht jetzt als Kandidat auf der MDF Liste.

Auch die vor 20 Jahren die erste freie Regierung anführende Partei **MDF** kann nur unter großen Mühen die gesetzlichen Wahlvoraussetzungen erfüllen und droht am 11. April an der 5% Klausel zu scheitern. Seit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden vor gut zehn Jahren widersetzt sich Frau Dávid den Bestrebungen von Viktor Orbán, unter seiner alleinigen Führung eine bürgerliche Allianz aller christlich-konservativen Parteien zu erreichen. Um die Eigenständigkeit zu unterstreichen kandidierte MDF bei beiden Europawahlen und bei der letzten Parlamentswahl (knapp erfolgreich) mit einer eigenen Liste, obwohl die jeweiligen Umfragen auch ein Scheitern an der 5% Klausel eher für wahrscheinlich hielten. Mit der Nominierung von Lajos Bokros übersprang MDF auch zur Überraschung von Fidesz bei den letzten Europawahlen erneut knapp die 5% Klausel. Diese Nominierung eines früheren Ministers der Regierung von Gyula Horn, verbunden mit der Erinnerung an den schwarzen Freitag des Bokros Pakets im März 1995 zur ersten wirklichen Finanzreform nach der Wende brachte auch das MDF an den Rand des Ruins. Schon vorher war die kleine Fraktion im ungarischen Parlament zerbrochen und wollten viele frühere Anhänger dem Kurs ihrer eigenwilligen Führung nicht mehr folgen. Kürzlich ist auch der frühere Ministerpräsident Péter Boross, der als Nachfolger von József Antall im Amt immer noch die damaligen Vorstellungen verkörperte, aus dem MDF ausgetreten. Ob Frau Dávid diesmal der Versuch gelingt, durch ein Bündnis mit einzelnen SZDSZ Kandidaten Wähler der linken Mitte in genügender

Zahl zu gewinnen, um die 5% - Hürde zu überspringen, werden die Wahlen zeigen, in den Umfragen ist man weit davon entfernt.

Der seit 8 Jahren in der Opposition befindliche **Fidesz** unter Viktor Orbán wird mit einer gemeinsamen Liste Fidesz/KDNP (Christdemokraten) und allen Umfragen der letzten 12 Monate entsprechend die Parlamentswahlen gewinnen und eine Alleinregierung bilden können. Fidesz führt einen sehr zurückhaltenden Wahlkampf um sich weder mit MSZP noch mit Jobbik⁵ auseinandersetzen zu müssen. Fidesz baut auf die bestehende absolute Unbeliebtheit von MSZP und die sowohl MSZP als auch SZDSZ sehr belastenden Enthüllungen der großen Korruption im öffentlichen Vergabewesen, bei der Zuteilung der EU-Fördermittel und der unhaltbaren Situation bei den Budapester Verkehrsbetrieben. In der Hauptstadt ist daran vor kurzem auch die langjährige Koalition von MSZP und SZDSZ zerbrochen und auch das Ansehen von Oberbürgermeister Demszky schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Erst jetzt anlässlich des Nationalfeiertages vom 15. März hat sich Viktor Orbán auch klar gegen Jobbik geäußert und jegliche Zusammenarbeit verweigert. Fidesz betont seine Entschlossenheit, das Land aus der Krise zu führen und hat ein entsprechendes Wahlprogramm vorgelegt. Fidesz spricht damit den Wunsch der Wähler auf eine politische Wende an und verschweigt auch nicht die großen Schwierigkeiten, die auf die neue Regierung warten.

Die bei der Europawahl 2009 überraschend starke extreme Rechtspartei **Jobbik** (3 Mandate im EP) kann mit dem Einzug auch in das ungarische Parlament rechnen und befindet sich nach Meinung vieler Analysten der ungarischen Politik in Konkurrenz mit MSZP um den zweiten Platz. Jobbik stellt die gesamte Transformation in Frage, bezichtigt im Wahlkampf sowohl MSZP als auch Fidesz des Verrats an der ungarischen Nation und schürt mit antisemitischen und rassistischen Parolen die Vorbehalte gegen Europa und gegen die Roma Minderheit in Ungarn.

Die in der Wählergunst seit vier Jahren im Sinkflug sich befindenden und die noch amtierende Minderheitsregierung tragenden Sozialisten **MSZP** müssen mit einer Wahlniederlage rechnen. Der amtierende Fraktionsvorsitzende, Attila Mesterházy, erhält zwar als MSZP Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten die uneingeschränkte Unterstützung seiner Partei und hofft daher auf Erreichung wenigstens der 20% Marke. Aber auch Ferenc Gyurcsány kandidiert für das Parlament auf einem vorderen Platz, um seine Chancen zu wahren und die verunsicherten MSZP Wähler zu motivieren. Aus dem Umfragetief vom Sommer 2008 konnte sich MSZP bis heute aber nicht mehr befreien.

⁵ Jobbik: Bewegung für ein besseres Ungarn

Fraglich ist ob es einer neu formierten und sich im Erscheinungsbild grün gebenden politischen Gruppierung mit dem Namen **LMP** gelingt als vierte Partei in das neu gewählte ungarische Parlament zu gelangen. Die aktuellen Umfragen gehen nur von einem entsprechenden Bekanntheitsgrad in Budapest aus, auf dem Lande fungiert LMP im Wahlkampf als Internet- bzw. Email-Partei. LMP steht laut Programm für eine andere Politik und Bekämpfung der Korruption.

Die ungarische Verfassung von 1989 sieht ein Einkammerparlament mit 386 Mitgliedern vor. 176 Abgeordnete werden im jeweiligen Wahlkreis direkt gewählt, die übrigen Abgeordneten ziehen über 19 Komitatslisten bzw. die Budapester Liste (insgesamt 152) und über eine Landesliste (58) in das Parlament ein.

Das beim Systemwechsel als Kompromissergebnis zustande gekommene Wahlsystem gibt den etwa 8 Millionen Wählern je zwei Stimmen. Eine für den Direktwahlkreis und eine für die Komitatsliste bzw. in der Landeshauptstadt für die Budapester Liste. Erreicht der Direktwahlkreis-Kandidat am Wahltag nicht 50% plus 1 abgegebene Stimme, findet 14 Tage später eine Stichwahl statt, zu der die 3 bestplatzierten Kandidaten im Wahlkreis antreten können, der Wähler hat dann in der zweiten Runde am 25. April 2010 aber nur noch eine Stimme. In der ersten Runde gibt es ein Quorum (25%) in der zweiten Runde entfällt dieses. Die Listenergebnisse des ersten Wahltages ergeben die prozentualen Stimmenanteile der kandidierenden Parteien und entscheidet bezüglich der 5% Klausel. Die endgültige Zusammensetzung des Parlaments steht aber unabhängig von den erreichten Prozenten für die Parteien im ersten Wahlgang erst dann fest, wenn alle Direktwahlkreiskandidaten gewählt sind. Die Vorhersagen für den 11. April gehen dahin, dass Fidesz/KDNP im ersten Anlauf gut ein Drittel der Wahlkreise gewinnen könnte. Sollte dann Fidesz/KDNP bei der Stichwahl am 25. April die meisten der übrigen Wahlkreise gewinnen, rückt die angestrebte Zweidrittelmehrheit im Parlament für Viktor Orbán in greifbare Nähe, da das ungarische Wahlrecht die stärkste Partei bei entsprechendem Abstand zur nächsten Kraft im Parlament überproportional bei der Kompensationsliste präferiert.

Die Landesliste fungiert als Kompensationsliste, um berücksichtigt zu werden muss die kandidierende Partei landesweit 5% überspringen und in mindestens 7 Komitaten eine Liste aufstellen. Dazu zählt auch die Budapester Liste, was deshalb wichtig ist, da 17% der wahlberechtigten Bürgern und Bürgerinnen Ungarns in der Landeshauptstadt leben, das sind etwa 1,3 Millionen. Diese Budapester Liste kommt für eine Partei nur dann zustande, wenn in wenigstens 8 der 32 Direktwahlkreise in der Landeshauptstadt ein jeweiliger Parteikandidat nominiert ist, der dafür die Unterstützung von 750 Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis benötigt. Die Frist zur Einreichung der sog. Klopfbettel ist drei Wochen vor der Wahl am letzten Freitag abgelaufen, die Überprüfung ist im Gange. Eine Budapester Liste haben nur Fidesz/KNDP, MSZP, Jobbik und LMP, ob MDF auch in Budapest eine Liste haben wird, ist noch nicht geklärt. Ohne Budapester Liste hat MDF keine Landesliste. Jobbik versucht in Ostungarn in Gebieten mit großem Roma-Anteil stärkste

Kraft zu werden und damit den Sieg von Fidesz/KDNP zu schmälern. Fidesz/KDNP wird in West-ungarn und Budapest mit Abstand die größte politische Kraft sein.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Hans-Friedrich von Solemacher
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax.:+49 (0)89 1258-359
E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 26. März 2010